

Identitätskarten für Rohingya

Mit der Ausgabe der ersten von 35.000 Personalausweisen für die muslimische Minderheit der Rohingya im nördlichen Rakhine-Staat hat die burmesische Regierung den ersten Schritt zur Legalisierung des Aufenthaltes der Rohingya vollzogen. Der rechtliche Status der Rohingya bleibt jedoch weiter unklar, da die Ausweise keine Anerkennung der Staatsbürgerschaft beinhalten. In Burmas Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 werden die Rohingya nicht anerkannt, so dass sie als Staatenlose de facto illegale Bewohner des Rakhine-Staates sind. Auch im benachbarten Bangladesch, wo mehrere hunderttausend Rohingya Ende der 1970er und in den 1990er Jahren Zuflucht gesucht hatten, werden sie nicht als Staatsbürger anerkannt. Die Initiative wird von den USA mit 689.000 US-Dollar gefördert und vom *Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen* (UNHCR) logistisch unterstützt. Die Rohingya sind die größte Gruppe Staatenloser in Asien.

Gleichzeitig mit der Ausstellung der Ausweise, mit dem sich die Inhaber nicht als vollwertige Staatsbürger Burmas ausweisen können, wurden Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Burma und Bangladesch unternommen. Eine neue Straßenverbindung wurde ins Auge gefasst, die den Grenzhandel fördert und Teil einer bis nach China reichenden transasiatischen Straße werden könnte. Außerdem haben die beiden Länder eine Übereinkunft über den Bau eines Wasserkraftwerkes im Rakhine-Staat geschlossen.

vgl. Irrawaddy 16., 24.7.2007; 2.8.2007; News from Bangladesh 1.7.2007; The Daily Star 6.8.2007

China ist Gastgeber für Treffen mit USA

China war kürzlich Gastgeber eines Treffens zwischen Repräsentanten der USA und Burmas. Das Treffen soll auf Nachfrage sowohl der USA als auch Burmas von China arrangiert worden sein und fand zwischen Eric John, dem stellvertretenden Ministerialdirektor für Ostasien und Pazifik im US-Außenministerium und zwei Ministern des burmesischen Militärregimes statt. Es soll einen offenen und direkten Austausch von Meinungen gegeben haben. Der Inhalt

der Gespräche wurde nicht veröffentlicht, doch wahrscheinlich wird es in Zukunft zu weiteren Treffen kommen und möglicherweise zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Burma führen. Die USA sind Burmas schärfster Kritiker hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte. Erst im August verlängerten US-Kongress und der Senat umfassende Wirtschaftssanktionen.

vgl. Irrawaddy 29.6.2007, Xinhua News

12.7.2007

Letzte Runde des Nationalkonvents

Burmas Militärregierung hat am 18. Juli die letzte Sitzung ihrer verfassungsgebenden Versammlung einberufen. In zwei Monaten soll der Prozess abgeschlossen sein und der vollständige Entwurf vorliegen, über den in einem Referendum abgestimmt werden soll. In seiner Eröffnungsrede warnte der Premierminister und Vorsitzende der verfassungsgebenden Nationalversammlung, Generalleutnant Thein Sein, alle Opponenten vor gerichtlichen Schritten bei Störung des Verfahrens. Die Delegierten sollten auch keine Änderungsanträge einreichen. Die verfassungsgebende Versammlung mit über 1.000 handverlesenen Delegierten wird als unrepräsentativ und illegitim kritisiert, mit dem Ziel, die Macht des Militärs verfassungsmäßig festzuschreiben. Angehörige der Opposition sind nicht

vertreten. Die oppositionelle National League of Democracy (NLD) hat die Versammlung boykottiert. Auch Oppositionelle im Exil kritisierten die Versammlung als einseitig. Die 1988er Studentengeneration rief die Bürger des Landes auf, die Verfassung abzulehnen. Nichtburmesische ethnische Repräsentanten befürchten, die angenommenen Prinzipien könnten der Zentralregierung größere Macht verleihen, obwohl die Delegierten gleiche Rechte und größere administrative und rechtliche Vollmachten gefordert haben.

Inzwischen sollen drei weitere Kapitel der noch offenen sieben Kapitel abgeschlossen sein. Sie beziehen sich auf Wahlen, politische Parteien und die Ausrufung eines Notstands.

vgl. AP 18.7.2007, Irrawaddy 6.8.2007, Xinhua General News Service 2.8.2007

Gedenken an den 8.8.88

Mehrere Hundert burmesische pro-demokratische Aktivisten und ihre Anhänger haben in Rangun und anderen Hauptstädten weltweit am 8.8.2007 des 19. Jahrestages der Aufstände von 1988 gedacht. Während dieser sind 1988 Hunderte, vermutlich sogar Tausende von Demonstranten ums Leben gekommen. Das Militär übernahm mit dem Versprechen, ein Mehrparteiensystem einzufüh-

ren, erneut die Macht. Doch die 1990 abgehaltenen Wahlen wurden nicht anerkannt, die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi verbrachte mehr als elf der letzten 18 Jahre unter Hausarrest. In Rangun betraueren mehr als 500 Oppositionelle in einer Pagode die Toten von 1988.

vgl. AP 8.8.2007, AFP 8.8.2007

nachrichten

Proteste in Rangun

Seit Tagen gehen Hunderte Menschen in Rangun auf die Straßen, um gegen den plötzlichen Anstieg der Benzinpreise zu demonstrieren. Es ist eine der größten Protestwellen in Burma seit den 1990er Jahren. Anlass für die Proteste war eine überraschende und unangekündigte Erhöhung der Benzinpreise durch das Militärregime, welches das Monopol auf Benzin hat und dieses subventioniert. Infolge dessen kam es zu einem drastischen Anstieg der Transportpreise, so dass sich viele Menschen in dem verarmten Land kaum noch den Weg zur Arbeit leisten konnten.

Die friedlichen Proteste wurden zunächst angeführt von Aktivisten der 1988er Studentengeneration. In der Nacht vom 21. zum 22. August 2007 wurden 13 führende Studentenaktivisten, darunter der prominente Min Ko Naing und Ko Ko Gyi, inhaftiert, offenbar, um weitere Proteste zu verhindern. Dennoch gehen weiterhin täglich mehrere Hundert Menschen auf die Straßen. Mitglieder der staatlichen Wohlfahrtsorganisation Uni-

on Solidarity and Development Association (USDA) versuchen, die Demonstranten und die Bevölkerung einzuschüchtern. Inzwischen sind weitere Demonstranten verhaftet worden

Die staatliche Zeitung New Light of Myanmar berichtete über die Verhaftungen und begründete sie damit, die Dissidenten würden die Stabilität und Sicherheit der Nation unterlaufen wollen. Alle Festgenommenen beteiligten sich an dem von Studenten angeführten Aufstand von 1988.

Sorge äußerten verschiedene Menschenrechtsgruppen. Die Aktivisten seien nach früheren Festnahmen schwer gefoltert worden, teilte die US-Kampagne für Burma mit. Sie forderten China und die Vereinten Nationen auf, sich für die Freilassung der Männer einzusetzen.

Einige westliche Regierungen, darunter die USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich forderten die sofortige Freilassung der Gefangenen.

vgl. DPA 17.8.2007 ; Reuters 22., 23.8.2007; AFP 23.8.2007

Brief an UNO-Generalsekretär

In einem Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnten 92 Mitglieder des 1990 gewählten Parlaments, sie würden zu einem Boykott der »Pseudo-Verfassung aufrufen, falls die derzeitige Roadmap der burmesischen Regierung nicht abgeändert werde. Die Parlamentarier legten einen eigenen Sieben-Stufen-Plan als Alternative zum »Sieben-Stufen-Plan zur Demokratie« der Militärregierung vor. Insbesondere müsse die verfassungsgebende Versammlung durch ein Komitee mit gleich vielen Vertretern der Regierung, der oppositionellen Nationalen

Liga für Demokratie (NLD), ethnischer politischer Parteien und Waffenstillstandsgruppen ersetzt werden. Gefordert werden weiterhin freie und faire Wahlen sowie als letzten Schritt die Auflösung der Regierung und der ihr zugehörigen Organe. Die Parlamentarier riefen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zur Vermittlung auf und warnten vor einer nationalen Krise aufgrund des illegitimen Prozesses.

vgl. A letter signed by 92 Burmese Parliamentarians to UN Secretary General Ban Ki-moon, 1.8.2007, AP 4.8.2007, Mizzima News 3.8.2007

Kooperation im Kampf gegen Drogenhandel

Im Anschluss an ein weiteres Treffen des *Township Border Committee* (TBC) in Mae Sot, Nordthailand, sind thailändische und burmesische Behörden übereingekommen, bei der Bekämpfung des Drogenhandels zusammenzuarbeiten. Außerdem wollen sie in Handelsfragen kooperieren. Die Verabredungen wurden auf dem 27. Treffen des Komitees getroffen, das sich mit der Sicherheit und dem Handel an der Grenze zwischen beiden Ländern befasst. Der thailändische Vorsitzende des TBC, Col Padung Yingpaiboonsuk, sagte, Thailand und Burma hätten vereinbart, ein Zentrum für Zusammenarbeit für Drogenprävention und Unterdrückung des Drogenhandels einzurichten, um die Bewegungen verdächtiger Drogenhändler zu verfolgen. Konkreter Anlass waren angebliche Aktivitäten von Drogenhändlern auf einer kleinen Insel im Moei Fluss in der Nähe der »Freundschaftsbrücke«, die Mae Sot mit Myawaddy in Burma verbindet.

Hintergrund der Absprache ist die von burmesischer Seite hergestellte Verbindung zwischen einer Bekämpfung des Drogenhandels und dem Grenzhandel. Burma hat Exporte von Reis und anderen Gütern an den offiziellen Grenzübergängen aufgehalten. Geschäftsleute auf beiden Seiten nutzen jedoch auch andere Übergänge, die von bewaffneten Gruppen der Karen kontrolliert werden. Dabei sind Gruppen beteiligt, die die Regierung in Rangun bekämpfen wie auch solche, die mit ihr kooperieren.

vgl.: Irrawaddy, 20.7.2007